

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in: Jakob Lindenthal, KV Dresden*

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen

A2: Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine jetzt forcieren!

Antragstext

1 **Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine**
2 **jetzt forcieren!**

3 **Aktuelle Kriegssituation**

4 Mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der russischen Völlinvasion sind die Fronten
5 weitgehend statisch. Das Fehlen von Material und zunehmend auch Personal auf der
6 ukrainischen Seite führt zusehends zu einer Situation, in der die russischen
7 Streitkräfte die Initiative ergreifen können und der Ukraine einen
8 Zermübungskrieg aufzwingen, der sowohl das Gefechtsfeld als auch zivile
9 Infrastruktur und das Alltagsleben betrifft. Durch die größere mobilisierbare
10 Bevölkerung, große quantitative Materialreserven und die absolute Befehlsgewalt
11 einer Diktatur wird sich die aktuelle Situation ohne eine massive Stärkung der
12 ukrainischen Armee nicht ändern und die Ukraine droht unverschuldet in einen
13 unabsehbaren Abnutzungskampf gezogen zu werden. Angesichts der für die
14 russischen Führung im Rahmen ihrer autoritären Kriegsökonomie günstigen
15 Ausgangslage ist derzeit keine glaubwürdige und nachhaltige diplomatische
16 Beendigung des Kriegs in Aussicht. Die russischen Drohungen mit einer Eskalation
17 in einen Atomkrieg sind willkürlich und entbehren jeder rationalen Grundlage.
18 Die strategische Gesamtsituation ist derzeit unberechenbarer als beispielsweise
19 im Kalten Krieg, doch geht die Unberechenbarkeit allein vom russischen Regime
20 aus und kann auch durch Appeasement höchstens scheinbar, aber nicht strukturell
21 verringert werden. Deshalb werden die Drohungen im Folgenden als nicht
22 handlungsleitend betrachtet.

23 **Folgen des fortgesetzten Angriffskriegs Russlands für die Ukraine**

24 Durch den Angriff Russlands wird die Ukraine ihrer legitimen, souveränen
25 Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Millionen Menschen wurden bereits vertrieben
26 und zum Opfer verschiedener Arten schwerwiegender Gewalt durch das russischen
27 Militär und das zivile Verwaltungssystem der russischen Diktatur. Die
28 zehntausenden Ermordeten, Gefallenen und Verwundeten hinterlassen Schmerz und
29 Traumata in ihren sozialen Umfeldern. Auf der politischen Ebene führt der Krieg
30 notwendigerweise zu einer Stagnation demokratischer Reformen in der Ukraine, da
31 die Kriegsführung im Angesicht der massiven Bedrohung zentral organisiert werden
32 muss. Insgesamt beraubt der Krieg die ukrainische Nation der Möglichkeit, ihren
33 selbstgewählten Pfad in eine freiheitlich-demokratische, europäische Zukunft zu
34 beschreiten.

35 **Globale Folgen und Konsequenzen für den demokratischen Teil Europas**

36 Von der bisher nicht gelungene Eindämmung der russischen Aggression und die sich
37 offenbarenden Materialengpässe und Uneinigkeit bei der Unterstützung der Ukraine
38 geht das verheerende Signal an gewaltbereite autoritäre Staaten weltweit aus,
39 dass es keine Allianz demokratischer Staaten gibt, die bereit ist, die
40 Demokratie glaubwürdig vorbeugend zu schützen und im Angriffsfall wirksam zu
41 verteidigen. Da die meisten demokratischen Staaten vom Ausmaß der Bedrohung
42 überrascht und überfordert wurden, wird akuter Nachbesserungsbedarf im Bereich
43 der nationalen und staatenübergreifenden militärischen Verteidigungsfähigkeit
44 deutlich sichtbar. Dieses Zeitfenster hoher Verwundbarkeit im Bezug auf
45 territoriale Verteidigung birgt ein hohes Eskalationsrisiko angesichts weiterer
46 denkbarer Angriffsszenarien autoritärer Staaten auf ihre Nachbarn, wie ein
47 möglicher Annexionsversuch Chinas gegenüber Taiwan oder ein Angriff des Iran auf
48 Israel. Insgesamt schadet die schwache Verteidigungsallianz der demokratischen
49 Staaten weltweit dem Ansehen der Demokratie und führt das inkonsequente
50 Sanktionsregime gegenüber Russland sogar zu einem Erstarren autoritärer
51 Allianzen, die weltweit eine Gefahr für die Demokratie und nachhaltige
52 menschliche Entwicklung darstellen.

53 **Kritik am Vorgehen der Bundesregierung**

54 Trotz der vor mehr als zwei Jahren ausgerufenen Zeitenwende befindet sich die
55 Bundeswehr und befinden sich die europäischen Streitkräfte weiterhin in einem
56 strukturell dysfunktionalen Zustand. Die Beschaffungs- und
57 Rekrutierungsgeschwindigkeit ist der Bedrohungslage in keiner Weise angemessen.
58 Insbesondere die Organisation von Materialbeschaffung trägt in keiner Weise der
59 Verlust- bzw. Verbrauchsrate Rechnung, die derzeit auf dem Gefechtsfeld in der
60 Ukraine zu beobachten bzw. für Deutschland im Verteidigungsfall zu erwarten ist.
61 Genehmigte Nachbeschaffungen einer niedrigen zweistelligen Zahl an Kampfpanzern
62 bzw. Grundsteinlegungen für Munitionsfabriken, deren Zielproduktionsmengen im

63 Vergleich zum derzeitigen Munitionsverbrauch der ukrainischen Streitkräfte
64 marginal sind, genügen lediglich für Symbolpolitik. Ohne Zweifel waren westliche
65 Materiallieferungen für die ukrainischen Streitkräfte entscheidend für das
66 Stoppen des russischen Vormarschs, doch das Volumen und die Qualität der
67 gelieferten Waffen und sonstigen Systeme fällt immer weiter hinter die
68 Erfordernisse des legitimen Verteidigungskampfes der Ukraine zurück.
69 Insbesondere brauchen die ukrainischen Streitkräfte dringend mehr
70 Marschflugkörper und sonstige Präzisionswaffen, mit denen russische Kräfte weit
71 hinter der Front getroffen und Bewegungen auf dem Land, zu Wasser und in der
72 Luft unterbunden werden können. Doch statt die Ukraine wirksam zu unterstützen,
73 betreibt die Bundesregierung unter der Führung des Kanzleramts eine Starker-
74 Mann-Symbolpolitik nach innen sowie ein unausgesprochenes Appeasement gegenüber
75 dem russischen Regime, dessen Angst-Narrative oftmals in der Kommunikation der
76 Bundesregierung übernommen und somit in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet
77 werden. Das ist strategisch unverantwortlich und politisch unnachhaltig.
78 Insgesamt fehlt bei der in Erfahrung zu bringenden Strategie der Bundesregierung
79 an Szenarien und realisierbaren Handlungsansätzen, wie sich der Krieg entwickeln
80 kann, welche Handlungspfade zur Verfügung stehen und ggf. mit welchem
81 Ressourceneinsatz beschritten werden können. Es existiert über zwei Jahre nach
82 dem Kriegsbeginn keine umfassende, tragende Strategie, wie mit aktiver
83 Beteiligung Deutschlands die europäische Friedensordnung wiederhergestellt
84 werden kann. Für eine wehrhafte Demokratie kommt die derzeitige Regierungsarbeit
85 einem Armutszeugnis gleich.

86 **Forderungen und Ausblick**

87 Deutschland braucht klare Szenarien und Ziele bei der Erreichung seiner
88 Verteidigungsbereitschaft im Rahmen der EU und der Nato. Die Ziele müssen mit
89 Ressourcen und Maßnahmen hinterlegt sein, die sich in Umfang und Zeithorizont am
90 Bedarf richten und nicht an der politischen Opportunität. Das Ziel bei der
91 Unterstützung der Ukraine muss mindestens sein, im Jahr 2024 signifikanten
92 russischen Vormarsch und Erholung der russischen Kräfte zu verhindern und
93 darüber hinaus in den Folgejahren legitime ukrainische Gegenoffensiven zur
94 Befreiung besetzten Staatsgebiets zu ermöglichen. Diese Maßnahmen werden es
95 wahrscheinlich erfordern, über das Zwei-Prozent-Ausgabenziel und das
96 Sondervermögen hinauszugehen und können z.B. eine rasche Wiedereinführung des
97 Wehrdienstes erfordern sowie gesetzliche Änderungen und operative Maßnahmen zur
98 Bereitstellung von zusätzlichen Industrieressourcen zur Rüstungsproduktion.
99 Keine dieser Maßnahmen ist angenehm oder politisch risikofrei. Doch die Realität
100 richtet sich nicht nach weltanschaulichen Präferenzen oder Zahlenvorgaben zum
101 Verteidigungshaushalt. Für die genannten strategisch wichtigen Maßnahmen hat die
102 Bundesregierung nun zwei Jahre weitgehend ungenutzt verstreichen lassen. Wir
103 erkennen die realistische, für eine wehrhafte Demokratie eintretende
104 Grundhaltung der bündnisgrünen und liberalen Regierungsbeteiligten an. Doch wir

105 mahnen dringend an, dass sporadische unzufriedene Kommentare zur
106 sozialdemokratischen Sicherheitspolitik kein ausreichender grüner Beitrag zur
107 Verteidigung der Demokratie sind. Nur aufmunitionierte Panzer auf dem Hof und
108 flugfähige Kampffjets im Hangar sind die Sprache, die Diktaturen in dieser
109 Gesamtlage verstehen. Es braucht zeitnah greifbare, einsatzfähige Ressourcen.
110 Willensbekundungen gleich welcher Stärke im Parlament und im Kabinett genügen
111 hier nicht. Es braucht jetzt Klartext und politische Druckmittel in der
112 Regierungskoalition. Am Ende des Prozesses muss gesicherte, umfassende
113 Unterstützung für die Ukraine stehen und eine nach realistischen Szenarien
114 einsatzbereite Bundeswehr. Die SPD ist strukturell so schwach, dass sie sich
115 keine Neuwahlen erlauben kann. Also ist es jetzt Zeit, für weitergehende
116 Waffenlieferungen und wirksame Verteidigungsbereitschaft einzutreten ohne Scheu
117 vor einer Koalitionskrise. Das Außenministerium muss sich auch dafür einsetzen,
118 dass unsere Bündnispartner die Ukraine stärker unterstützen und ihren
119 Versprechen nachkommen. Dafür gilt es jetzt in die diplomatischen Offensive zu
120 gehen. Als Bündnisgrüne stehen wir unter den Regierungsparteien in Bezug auf
121 Zustimmungswerte im Fall von Neuwahlen am robustesten da. Diese Robustheit
122 müssen wir für die Verteidigung der Demokratie in Europa nutzen. Die Kosten für
123 einen Kaltstart hin zu einer wehrhaften Demokratie sind hoch. Doch sie sind
124 gering im Vergleich zum Schaden, der durch eine dauerhafte Erosion der
125 internationalen Rechtsordnung und durch ein geopolitisches Klima der
126 Rechtlosigkeit entsteht. Es kommt jetzt auf unser Regierungshandeln an. Die
127 aktuelle Situation ist ein Prüfstein für unser staatstragendes
128 Selbstverständnis. Deshalb unser Ruf an alle grünen Regierungsmitglieder und
129 Fraktionsmitglieder: Die Demokratie muss von uns verteidigt werden. Wir stärken
130 euch den Rücken. Packt es an!

Begründung

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine ab dem 24. Februar 2024 befindet sich der Krieg im dritten Jahr. Durch den entschlossene Verteidigungskampf der ukrainischen Streitkräfte und Zivilgesellschaft und die substanzielle materielle und organisatorische Unterstützung demokratischer Staaten weltweit ist es gelungen, eine Zerschlagung und dauerhafte Unterdrückung des gesamten ukrainischen Staates zu verhindern. Dennoch haben sich die Anstrengungen als ungenügend erwiesen, um die russische Invasionsarmee zurückzuschlagen und die Herrschaft des Völkerrechts wieder zu etablieren. Die russische Diktatur mobilisiert sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, um den Krieg zu gewinnen. Für die kommenden Monate und Jahre scheinen ihr nach den vorhandenen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen genug Ressourcen zur Verfügung zu stehen, um ihren völkerrechtswidrigen und auf Äußerste grausamen Feldzug fortzusetzen. Es sind weitere russische Offensivaktionen zu erwarten, welche zur Zerstörung und Besetzung weiteren, noch freien ukrainischen Gebiets führen können. Derzeit ist nicht zu erkennen, dass die russische Seite zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist, insbesondere nicht, weil es keine militärische Ultima Ratio gibt, die den maßlosen und unberechtigten Forderungen des russischen Regimes Einhaltung gebietet. Dies muss uns die Erfahrung mit dem Appeasement diktatorischer Regime aus der Vergangenheit lehren.

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage werbe ich darum, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales des Bündnis 90/Die Grünen die im Antrag dargelegte Situation anerkennt und der bündnisgrünen Bundestagsfraktion und den grünen Regierungsmitgliedern mit Nachdruck den Rücken stärkt, die konsequente und zeitnahe Stärkung der Bundeswehr und nachhaltige Unterstützung der Ukraine zu forcieren. Die grausame Kriegsrealität richtet sich nicht nach den Vorsätzen, mit denen wir 2021 Wahlkampf betrieben und eine Regierungskoalition gebildet haben. Jetzt kommt es auf greifbare Sicherheitsinstrumente und eine klare, realisierbare militärische Ultima Ratio gegenüber der skrupellosen russischen Diktatur an, sonst wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das Konzept Demokratie weltweit irreparablen Schaden erleiden. Die Folgen wären nicht nur militärtaktisch, sondern insbesondere sozial, für die Umwelt und sozial schwache Gruppen verheerend. Deshalb liegt es jetzt an uns, entschieden für grüne Werte einzustehen. Diese müssen als tiefste Grundlage den Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit beinhalten, sonst ist kein Platz für weitergehende Konzepte.